

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Dr. Marco Genthe (FDP)

„Pakt für den Rechtsstaat“

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Genthe (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 22.04.2021

Aus einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 09.04.2021 geht hervor, dass im Zuge einer Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene und entsprechender Vereinbarung mit den Ländern aus dem Jahr 2019, 2 041 Stellen für Richter und Staatsanwälte in den Bundesländern geschaffen wurden. Dieser Stellenzuwachs wurde vom Bund mit einer Summe von 220 Millionen Euro gefördert, welche in zwei Tranchen gleicher Höhe an die Länder ausbezahlt wurden.

Seit der Beschlussfassung über den „Pakt für den Rechtsstaat“ wurden durch den Bundesgesetzgeber zahlreiche neue Gesetze (z. B. Gesetzespaket gegen Hass und Hetze; Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Strafbarkeit der Verbreitung und des Besitzes von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern) erlassen, mit denen auf die Justiz neue Aufgaben übertragen worden sind oder durch die der Arbeitsaufwand bei bestehenden Aufgaben erhöht wurde.

1. Wie viele der neu geschaffenen Stellen im Zuge des „Pakts für den Rechtsstaat“ entfallen auf die niedersächsische Justiz?
2. Wie viele Stellen hatte Niedersachsen nach dem „Pakt für den Rechtsstaat“, mit dem bundesweit 2 000 Stellen im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst bereitgestellt werden sollten, neu zu schaffen?
3. Wie viele unbefristete Stellen im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst wurden im Zuge der Umsetzung des „Pakts für den Rechtsstaat“ seit der Beschlussfassung über diesen Pakt (31. Januar 2019) geschaffen?
4. Wie viele Stellen mussten demgegenüber in diesem Zeitraum eingespart werden?
5. Wie verteilen sich die neu geschaffenen Stellen auf die einzelnen Gerichtsbezirke?
6. Wie viele dieser neu geschaffenen Stellen sind besetzt, wie viele vakant?
7. Wurden neben den Richterstellen auch Stellen im nicht-richterlichen Dienst und der Justizverwaltung geschaffen? Wenn ja, wie viele?
8. Wie viele dieser neu geschaffenen Stellen im nicht-richterlichen Dienst und der Justizverwaltung wurden besetzt, wie viele sind vakant?
9. Welcher Anteil der ersten Tranche des Bundes aus 2019 entfiel auf das Land Niedersachsen?
10. Welchen Anteil der zweiten Tranche erwartet die Landesregierung nach der Freigabe durch das Bundeskanzleramt?
11. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburger Positionspapier zum „Pakt für den Rechtsstaat“ vom 17. Februar 2021), dass der im Jahr 2021 auslaufende „Pakt für den Rechtsstaat“ verlängert werden muss? Wenn nein, warum nicht?
12. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahr, dass Stellenaufwüchse im richterlichen Dienst, die im Zuge des „Pakts für den Rechtsstaat“ geschaffen wurden, durch eine Ausweitung des Aufgabenbereichs richterlicher Tätigkeiten „aufgezehrt“ werden könnten?

(Verteilt am 06.05.2021)